

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RWB/030(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	Donnerstag, 28.06.2007	Altes Rathaus, Beimzimmer, Alter Markt 6, Magdeburg	17:00Uhr	20:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
- 5 Anträge
 - 5.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/70
 - 5.1.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0117/07

- 5.2 Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark Ostfalen
Vorlage: A0079/07
- 5.2.1 Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark Ostfalen
Vorlage: S0123/07
- 5.3 Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: A0023/07
- 5.3.1 Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: S0122/07
- 5.4 Pflanzung von 500 Apfelbäumen
Vorlage: A0066/07
- 5.4.1 Pflanzung von 500 Apfelbäumen
Vorlage: S0107/07
- 5.5 Innovative Berufswahlorientierung
Vorlage: A0054/07
- 5.5.1 Innovative Berufswahlorientierung
Vorlage: S0112/07
- 6 Informationen
- 6.1 Auswirkungen von Eingemeindungen
Vorlage: I0143/07
- 6.2 Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg
Vorlage: I0151/07
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Carsten Klein

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Kornelia Keune

Geschäftsführung

Herr Norbert Haseler

Verwaltung

Herr Frank Fahlke

Herr Günther Klaffehn

Beigeordneter Dr. Klaus Puchta

Frau Jürgens

Frau Stegmann

Herr Sengstock

Nicht anwesende Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadträtin Dagmar Huhn

Stadtrat Frank Schuster

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Heinz - Joachim Kapischke

Sachkundiger Einwohner Daniel Kraatz

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.05 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Stadtrat Dr. Zimmer die Sitzung des RWB-Ausschusses. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Da erst um 17.20 Uhr die Beschlussfähigkeit festgestellt werden konnte, erfolgte nach der Begrüßung ein Reisebericht von Herrn Dr. Puchta zur Stadt Harbin und zur dortigen Messe. Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde.

An der Sitzung nehmen 4 stimmberechtigte Stadträte, 2 beratende Stadträte und 1 sachkundiger Einwohner teil. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde ohne weitere Zusätze und Bemerkungen bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Hinweise zur Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2007.

Ja: 3 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2007 wird bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

5. Anträge

- 5.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/70
-

Herr Dr. Puchta informierte zur vorliegenden Stellungnahme. Nach einer Analyse der vorhandenen Akteure im touristischen, kulturellen und Freizeitbereiche gibt es nach der Betrachtung der Aufgabenverteilung aus Sicht der Verwaltung die notwendige Trennschärfe zwischen den einzelnen Akteuren, um das Entstehen von Doppelstrukturen zu verhindern. Bei den Akteuren handelt es sich einmal um die Vereine Pro M und um Elbe - Börde - Heide, um eine Gesellschaft MMKT und um das Dezernat III. Bei den Akteuren sind

Einsparungsmöglichkeiten nicht möglich. Aktuell wurden die ersten drei genannten Akteure in einem Haus zusammengefasst um Synergien zu nutzen.

Für Herrn Stadtrat Westphal ist die Zielstellung des Antrages nicht ersichtlich, welche Doppelstrukturen sind denn gemeint? Dieses geht aus dem Antrag nicht hervor.

Herr Stadtrat Brüning legte dar, dass bis heute Verwaltungsstrukturen bestehen, die sich nicht gegenseitig ergänzen sondern hier gibt es noch Einsparungspotentiale. Für Herrn Stadtrat Brüning sind die GWM und das Dezernat III oder die MVB und Bereiche der Bauverwaltung (ÖPNV-Planung) solche Bereiche für Doppelstrukturen.

Für Herr Stadtrat Westphal sind die Beispiele an den Haaren herbeigezogen. Der Antrag ist nicht zielführend. Es wird dafür plädiert, den Antrag abzulehnen.

Herr Stadtrat Czogalla bemerkt, dass der Antrag doch eigentlich auf Freizeit und Tourismus abzielt, die von Herrn Brüning angeführten Beispiele können nicht nachvollzogen werden. Die vorgelegte Stellungnahme ist schlüssig. Es gibt keine doppelten Strukturen.

Herr Stadtrat Stage bemängelt ebenfalls, dass der Antrag zu allgemein gefasst ist. Es sollte eine neue erweiterte Stellungnahme von der Verwaltung abgefordert werden.

Herr Stadtrat Klein macht deutlich, dass er den Antrag unterstützt. Die Aufgabe der Stadträte ist es solche Sachen zu hinterfragen, auch die FDP-Fraktion hat die Strukturen schon einmal hinterfragt. Es sollte sich einmal an anderen Städten orientiert werden, wie ist es dort organisiert.

Herr Stadtrat Brüning ist der Meinung, die Verwaltung soll nicht wie in der Vergangenheit immer, generelle Einsparungen durchführen, sondern die Verwaltung soll sagen wo sie effektiver Arbeiten kann. Dieses ist die Zielstellung des Antrages.
Die Frage der Strukturen ist eine ewige Aufgabe.

Herr Stadtrat Czogalla kritisiert den Antrag, denn dieser ist anders gestellt worden. Der Antrag bezieht sich auf Tourismus und Freizeit. Die vorliegende Stellungnahme hat den Antrag richtig beantwortet.

Herr Dr. Puchta nimmt zu dem Problem nochmals Stellung, die Verwaltung arbeitet schon so effektiv wie möglich. Diese Zielstellung ist stetiges Ziel und Aufgabe, es wird kein Geld nur einfach so verschwendet.

Herr Stadtrat Westphal vertrat die Auffassung, kein Amt und kein Verein wird sagen, dass er überflüssig ist. Es gibt nur die Möglichkeit pauschal zu kürzen.
Es wird auch ein Vergleich zwischen anderen Städten als Analyse begrüßt, nur diese Aufgabe steht nicht im vorliegenden Antrag.

Ja: 3 Nein: 1 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages DS0126/07/70 wird empfohlen.

5.1.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0117/07

5.2. Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
Ostfalen
Vorlage: A0079/07

Herr Stadtrat Brüning berichtete zum vorliegenden interfraktionellen Antrag. Er betonte, dass man mit dem Antrag keine Vergangenheitsbewältigung betreiben möchte. Seit 2004 gibt es Angebote, dass die Stadt Magdeburg beim Technologiepark Ostfalen (TPO) Mitglied werden kann.

Die Angebote wurden von Seiten der Stadt Magdeburg nicht aufgegriffen. Durch den Beitritt könnte die Stadt Magdeburg Einnahmen in Höhe von rund 40.000 Euro jährlich erwarten. Herr Stadtrat Brüning schlägt vor, die nächste Sitzung im TPO stattfinden zu lassen, um sich Vorort ein Bild machen zu können.

Herr Dr. Puchta machte deutlich, dass die Stadt Magdeburg offen für Verhandlungen ist in Sachen TPO. Der Antrag ist jedoch sachlich falsch, es liegt kein Angebot vor, in der Vergangenheit gab es kein konkretes Angebot. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist ein Angebot nicht bekannt. Die begonnen Gespräche konnten aufgrund fehlender Kooperationsbereitschaft des TPO nicht fortgesetzt werden.

Herr Stadtrat Brüning kritisiert, dass vom Oberbürgermeister eine Beitrittserklärung nicht gewollt wird, dagegen eine Eingemeindung angestrebt worden ist.

Herr Stadtrat Czogalla informiert, dass das IGZ (bei dem die Stadt mit 25 % Anteilseigner ist) Bestandteil des TPO ist, somit ist die Stadt Magdeburg bereits am TPO beteiligt, es gibt keinen Grund warum die Stadt dem TPO hinterherlaufen soll um Beteiligter am TPO zu werden.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer macht den Vorschlag, Herrn Dr. Puchta zu beauftragen, Gespräche aufzunehmen und Verhandlungen in der Sache zu führen.

Herr Dr. Puchta bemerkt, dass die Stadt Magdeburg bereits in der Vergangenheit auf das TPO zugegangen ist, man ist in der Sache jedoch nicht zusammengekommen, es konnten z. B. nicht die erforderlichen Wirtschaftspläne vorgelegt werden. Wenn sich diese Position des TPO geändert haben sollte, besteht weiterhin Gesprächsbereitschaft.

Herr Stadtrat Klein machte deutlich, dass er den Antrag unterstützt. Die Stadt Magdeburg ist nicht gut beraten, wenn die Frage der Eingemeindung mit der Sache TPO verbunden wird.

Nach einer umfangreichen Diskussion wurde wie folgt abgestimmt:

Ja: 3 Nein: 1 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages 0079/07 wird empfohlen.

- 5.2.1. Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
Ostfalen
Vorlage: S0123/07
-

- 5.3. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: A0023/07
-

Herr Stadtrat Klein von der einbringenden FDP-Fraktion erläuterte die Intention des vorliegenden Antrages. Aus seiner Sicht muss man bei den Städtepartnerschaften genau schauen was machbar ist und wo welche Zusammenarbeit sinnvoll ist. Vor allem Länder mit erfolgreicher Volkswirtschaft wie Dänemark, Holland oder auch Frankreich sind interessant für eine Wirtschaftspartnerschaft. Es wäre auch interessant in den Wirtschaftsausschuss einmal einen Wirtschaftsattaché einzuladen, Kontakte könnten über Herrn Klein hergestellt werden. Die vorliegende Stellungnahme wird als ein Einstieg gesehen, es wird eine Drucksache hierzu erwartet.

Frau Stegmann informiert zur Stellungnahme der Verwaltung. Städtepartnerschaften können aus unterschiedlichsten Aspekten zustande kommen. Eine Städtepartnerschaft hängt immer von den Menschen ab. Es muss immer Initiatoren geben die es mittragen. Die Stadtverwaltung kann keine Städtepartnerschaft tragen. Wenn die Initiatoren fehlen kann eine Städtepartnerschaft auch einschlafen.

Bevor eine Städtepartnerschaft eingegangen werden kann, müssen im Vorfeld schon Kontakte bestehen und Projekte laufen, dann erst sollte eine Städtepartnerschaft erfolgen.

Herr Stadtrat Czogalla nimmt zum Thema Stellung und hinterfragt in diesem Zusammenhang, wie viel Städtepartnerschaften kann sich die Stadt Magdeburg überhaupt leisten?

Wenn Kontakte nur auf hoher Ebene bestehen, bringt eine Städtepartnerschaft nicht viel. Eine Städtepartnerschaft sollte sehr breit angelegt sein.

Herr Stadtrat Westphal ist der Meinung, dass von der Verwaltung ein Konzept erarbeitet werden sollte. Der Oberbürgermeister sollte aus seiner Sicht darlegen wie er mit dem Thema am Besten umgehen könnte.

Herr Stadtrat Klein weist darauf hin, dass man zu dem Thema eine Arbeitsgruppe bilden könnte, in der Arbeitsgruppe sollten auch die städtischen Gesellschaften sein.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages 0023/07 wird empfohlen.

- 5.3.1. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: S0122/07
-

- 5.4. Pflanzung von 500 Apfelbäumen
Vorlage: A0066/07
-

Herr Franz vom Stadtgarten und Friedhofsbetrieb berichtete zum Antrag und zur Stellungnahme. Das Martin Luther Jubiläum dient zum Anlass dieser Aktion. Mit der Aktion „Mein Baum für Magdeburg“ wurden positive Erfahrungen gemacht, deshalb macht auch eine solche Aktion Sinn.

Die Aktion sollte von breiten Bevölkerungsteilen genutzt werden. Eine Beschränkung nur auf Apfelbäume sollte nicht zwangsläufig sein, steht jedoch zum Luther Bezug.

Herr Stadtrat Westphal äußerte sein Unverständnis zum Antrag, wo liegt der wirtschaftliche Aspekt des Antrages. Dieser wirtschaftliche Aspekt ist nicht erkennbar. Die Festlegung nur auf Apfelbäume sollte aus dem Antrag gestrichen werden.

Herr Stadtrat Klein schlägt ebenfalls vor, nicht unbedingt an 500 Apfelbäumen festzuhalten, auch die Zahl 500 muss nicht genau festgelegt sein.

Herr Stadtrat Brüning unterstreicht den touristischen Aspekt des Antrages und stellt zugleich den Änderungsantrag die Bezeichnung Apfelbaum aus dem vorliegenden Antrag zu streichen.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt folgenden Änderungsantrag zur Abstimmung:

Der RWB- Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Antrag 0066/07 mit folgenden Änderungen zu beschließen:

Eine Spezialisierung nur auf Apfelbäume sollte nicht erfolgen. Das Wort „Apfelbäume“ im Antrag sollte durch Bäume ersetzt werden.

Abstimmung: 4 – 0 – 0

Zum Antrag 0066/07 wurde wie folgt Abgestimmt:

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages 0066/07 wird mit Änderungsantrag empfohlen.

5.4.1. Pflanzung von 500 Apfelbäumen
Vorlage: S0107/07

5.5. Innovative Berufswahlorientierung
Vorlage: A0054/07

Herr Stadtrat Westphal von der einbringenden Fraktion Bündnis90/Die Grünen gibt Hinweise zum vorliegenden Antrag.

Der zweite Absatz des Antrages kann herausgenommen werden, er ist nur Begründung und nicht Teil des Antrages.

Herr Stadtrat Stage berichtete von seinen Erfahrungen als Jugendlicher und die Frage der Berufswahlorientierung. Das Thema ist sein Jahren ein Problem und trotz verbesserter Angebote gibt es heute viele Jugendliche, die bei der Berufswahl Unterstützung benötigen.

Herr Sengstock vom Fachbereich 40 erläuterte die vorliegende Stellungnahme. Die Berufsberatung für Schüler und Jugendliche gibt es schon seit langen. Es gibt viele Maßnahmen und Aktionen wie Messe Perspektiven, Praktikumsstellen usw.

Herr Stadtrat Czogalla machte deutlich, dass es heute viele Veranstaltungen und Möglichkeiten gibt für die Jugendlichen, diese müssen sich jedoch um vieles selber kümmern. Eltern sind hier gefordert, müssen den Jugendlichen Orientierung geben. Es ist viel Eigeninitiative gefragt.

Herr Stadtrat Brüning erklärt, dass er den Antrag unterstützt, es ist ein sehr wichtiges Thema. Die einzelnen Akteure wie Schulen, Unternehmen aber auch die Stadt als Ausbildungsplatzanbieter sind gefragt.

Herr Stadtrat Klein gibt zu bedenken, dass durch den Antrag besonders Zuständigkeiten betroffen werden, die nicht bei der Stadt liegen.

Herr Stadtrat Westphal will den Antrag so verstanden wissen, dass der Oberbürgermeister mit dem Land über das Thema reden soll und die dargestellte Zielstellung vertritt.

Herr Stadtrat Stage erinnert an die vielen Ausbildungsabbrüche von Jugendlichen. Woran liegt es, die Berufsorientierung ist nicht optimal. Für die Schüler ist es wichtig in die Praxis hinein geführt zu werden.

Aus der Sicht von Herr Stadtrat Czogalla sollte in das Thema nicht zu viel hinein interpretiert werden. Das Thema ist sehr individuell und hängt sehr vom Engagement des Einzelnen ab.

Herr Fahlke verweist darauf, dass es heute genug Beratungsmöglichkeiten für Jugendliche gibt. Das vorhandene Orientierungswissen wird von den Jugendlichen nicht wahrgenommen. Die Schulen bringen nicht rüber was im Berufsleben benötigt wird, nur noch theoretisches Wissen wird weitergegeben.

Nach einer umfangreichen Diskussion stellte Herr Stadtrat Dr. Zimmer folgenden Änderungsantrag zur Abstimmung:

Der RWB- Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Antrag 0054/07 mit folgender Ergänzung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Land, **den Kammern** und der Universität ein Rahmenkonzept für eine geschlechtergerechte Berufswahlorientierung im Sinne einer individuellen Förderung als innovatives Instrument der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Stadt Magdeburg zu verankern.

Abstimmung: 2 – 0 – 2

Ja: 2 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Die Annahme des Antrages 0054/07 wird mit Änderungsantrag empfohlen.

5.5.1. Innovative Berufswahlorientierung
Vorlage: S0112/07

6. Informationen

6.1. Auswirkungen von Eingemeindungen Vorlage: I0143/07

Frau Jürgens aus dem Bereich Finanzservice berichtete zur vorliegenden Information. Es wurde die StaLa Prognose erläutert, danach könnten Städte wie Magdeburg, Halle oder Dessau von Eingemeindungen auch positive finanzielle Effekte durch eine Eingemeindung erzielen. Die Prognose geht z. B. von zusätzlichen Erträgen von 21,2 Mio. Euro aus bei der Eingemeindung von Barleben nach Magdeburg.

Herr Stadtrat Brüning hält solche Berechnungen für zweifelhaft, ein Konsultierungseffekt durch Eingemeindungen wird nicht eintreten. Von Zwangseingemeindungen wird nicht viel gehalten, die Beziehungen zu den Nachbargemeinen muss anders geregelt werden.

Herr Stadtrat Westphal mahnt vernünftige Regeln vom Land für eine Eingemeindung an. Es muss genau gesagt werden was nutzt uns eine Eingemeindung oder nimmt jemand Schaden.

Herr Stadtrat Czogalla ergänzt die Ausführungen von Herrn Westphal, das Land kann es sich nicht mehr leisten die Gemeindestrukturen so zu belassen. Gemeinden in Thüringen und Sachsen haben viel weniger Ausgaben und stehen besser dar. Das Land muss Vorgaben machen, freiwillig kommt keine Gemeinde nach Magdeburg.

Herr Dr. Puchta bemängelt, dass vom Land das Thema Eingemeindung nicht aufgegriffen wird. Heute kann man nicht sagen wo das Land hin will. Die verfehlte Strukturpolitik führt zu einer verfehlten Standortpolitik.

Von Herrn Stadtrat Klein wurde deutlich gemacht, dass das Thema Zwangseingemeindungen sehr kritisch gesehen wird. Bezüglich der Eingemeindungen in Sachsen-Anhalt wurden vom Landesverwaltungsamt bereits Untersuchungen durchgeführt, diese sollten Beachtung finden bei der weiteren Betrachtung des Themas Eingemeindung.

Nach einer umfangreichen Diskussion unterstreicht Herr Stadtrat Dr. Zimmer den letzten Absatz der Information und erinnert daran, den aktuellen Haushaltsplan der Gemeinde Barleben in Augenschein zu nehmen, um eine Grundlage für Berechnungen zu haben.

Die Information 0143/07 wurde zur Kenntnis genommen.

6.2. Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg Vorlage: I0151/07

Herr Fahlke berichtet zur vorliegenden Information, sie nimmt Bezug auf einen Antrag der Fraktion Die Linkspartei, die Arbeit der ARGE effektiver zu gestalten. Die Information versucht, auf der Basis, der Kenntnisse und Erfahrungen der Fachämter seit dem Start der ARGE, den aktuellen Stand der Umsetzung der Ziele und Aufgaben zu analysieren und hieraus Schlussfolgerungen abzuleiten, soweit dieses zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist. Die 2005 eingeführten Reformen am Arbeitsmarkt sind auch nach zwei Jahren noch nicht abgeschlossen. Dieses gilt auch für die ARGE. Die ARGE und Optionskommunen stellen ein bis 2010 institutionalisiertes Experiment dar.

Herr Stadtrat Brüning stellte eine Frage zur Motivation der Mitarbeiter der ARGE, wie sieht diese aktuell aus.

Herr Fahlke verfügt nicht über das notwendige Insiderwissen, diese Frage sollte mit der ARGE Geschäftsleitung direkt geklärt werden.

Herr Stadtrat Czogalla sprach die Softwareproblematik bei der ARGE an, konnte hier in letzter Zeit ein Fortschritt bzw. Verbesserung erzielt werden.
Es folgte eine Diskussion zum derzeitigen Stand der Software.

Die Information 0151/05 wurde zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

Bereits zu Beginn der Sitzung berichtete Herr Dr. Puchta mit einigen Fotos von dem Messebesuch in Harbin China.

Herr Stadtrat Westphal wollte wissen mit was für Produkten man sich ggf. an einer Messe in Harbin beteiligen könnte. Die auszustellenden Produkte müssen zur Messe passen. Wie sollte man mit der Einladung zur Messe künftig umgehen.

Herr Dr. Puchta verdeutlichte, dass die Messe von einem internationalen Charakter noch sehr stark entfernt ist.

Herr Stadtrat Czogalla bemerkt, dass die gezeigten Bilder und die Darstellung der Messe typisch für China sind. Das Land befindet sich noch im Aufbruch. Nur große Investitionen sind interessant für Unternehmen, man muss die weiten Entfernungen beachten. Das Thema Energie ist ein interessantes Feld für den Markt China.

Herr Stadtrat Klein findet es bedauerlich, dass nur zwei Vertreter aus Magdeburg an der Reise teilgenommen haben. Die Sondierung der Messelandschaft ist für die Zukunft jedoch sehr wichtig, sicherlich wird es im nächsten Jahr wieder eine Einladung geben.
Wie sind die Rückschlüsse bei der IHK ausgefallen.

Herr Dr. Puchta informierte, dass Herr Zandern als IHK Vertreter kurzfristig doch nicht mitfahren konnte.

Für Unternehmen aus Magdeburg ist die Messe jetzt noch nicht geeignet sich dort zu beteiligen. Die Messe muss sich noch weiter entwickeln, damit ein Besuch für Unternehmen sinnvoll ist. Heute ist sie noch keine geeignete Plattform.

Herr Stadtrat Czogalla könnte sich vorstellen, dass die Stadt Magdeburg sich an der Messe mit einem kleinen Stand beteiligt, als Test bzw. Versuchsphase.

Herr Stadtrat Klein findet die Idee von Herr Stadtrat Czogalla ebenfalls gut, sie sollte verfolgt werden.

Herr Dr. Puchta schlägt vor, im Oktober nochmals über das Thema eines kleinen Standes zu diskutieren, in jedem Fall sollte in naher Zukunft kein Unternehmerstand entstehen.

Im Weiteren berichtete Herr Dr. Puchta zum Workshop „Stadt der erneuerbaren Energien“ unter der Führung von Herrn Prof. Horton. Der Workshop soll in drei Teilen durchgeführt werden. Es wäre denkbar, dass der Teil 1 (die Grundausrichtung) im Rahmen einer Ausschusssitzung des

RWB- Ausschusses durchgeführt werden könnte. Die Teile 2 und 3 könnten dann unter Einbeziehung von z. T. externen Fachleuten durchgeführt werden. Die Kosten des Workshops würden bei 8000,00 – 12.000,00 Euro liegen.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellte die Durchführung des Workshops zur Abstimmung. Die Mitglieder stimmten einstimmig für eine Durchführung des Workshops „Stadt der erneuerbaren Energien“.

Zur geplanten Fahrt in die Gewerbegebiete der Landeshauptstadt Magdeburg wurde festgelegt, diese in der zweiten Jahreshälfte durchzuführen. Mit der Einladung zur nächsten Sitzung sollten drei Terminvorschläge gemacht werden. Die Vororientierung erfolgte auf einen Sonnabend. Die entgeltliche Festlegung des Termins erfolgt auf der nächsten Sitzung.

Auf die Nachfrage zum Sachstand Schiffshebewerk machte Herr Dr. Puchta einige Ausführungen zum Thema. Der geplante Termin mit der Staatssekretärin Frau Roth aus dem Verkehrsministerium ist nicht zustande gekommen. Dadurch wissen wir nicht was der Bund der Stadt in Sachen Schiffshebewerk noch anzubieten bereit ist.

Herr Stadtrat Klein betonte, dass das Thema Schiffshebewerk nicht in Vergessenheit geraten darf. Er berichtete zur aktuellen Situation, die besonders für Freizeit- und Kleinbootnutzer unbefriedigend ist.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung um 20.40 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Gerd Zimmer
Vorsitzende/r

Norbert Haseler
Schriftführer/in